

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

An den
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
+43 1 711 62-658000
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Österreich

Geschäftszahl: 2021-0.748.165

22. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rauch und weitere Abgeordnete haben am 22. Oktober 2021 unter der **Nr. 8406/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Kosten der UN-Klimakonferenz 2021 für den Steuerzahler gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 7 bis 10:

- *Welche Kosten werden durch die Teilnahme an der UN-Klimakonferenz 2021 budgetwirksam?*
- *Wie viele Mitarbeiter begleiten Sie auf dieser Reise?*
- *Wie viele dieser Mitarbeiter gehören Ihrem Kabinett an? (Bitte angeben um welche Mitarbeiter es sich handelt bzw. den jeweiligen Aufgabenbereich anlässlich der Reise)*
- *Welche Mitarbeiter außerhalb Ihres Kabinetts begleiten Sie auf der Reise?*
- *Welche Reisekosten werden budgetwirksam? (Bitte für Kabinettsmitarbeiter gesondert ausweisen)*

Zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung lag die Abrechnung der budgetwirksamen Gesamtkosten, welche durch die Teilnahme an der UN-Klimakonferenz 2021 entstanden sind, noch nicht vor.

An der COP26 nahmen 12 Mitarbeiter:innen des BMK teil, 4 davon gehören meinem Kabinett an.

Die Mitarbeiter:innen meines Kabinetts kümmerten sich um die inhaltliche Bewertung und Gestaltung der Verhandlungen sowie die notwendige Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus war mein Kabinett für die Planung und Koordinierung von Terminen zuständig und übernahm logistische sowie organisatorische Aufgaben.

Bei den Kabinettsmitarbeiter:innen handelte es sich um die folgenden Personen:

- *Theresa Gral, Pressesprecherin*
- *Cajetan Perwein, Pressereferent*
- *Antonia Reininger, inhaltliche Referentin*
- *Irm Salzer, stellvertretende Kabinettschefin*

Zu den Fragen 2 und 3:

- *Wie werden Sie zur UN-Klimakonferenz 2021 in Glasgow anreisen? (Bitte angeben ob Sie per Flug, Zug, etc. anreisen)*
- *Wie lange dauert Ihre Reise zur UN-Klimakonferenz 2021?*

Meine Anreise von Wien nach Glasgow erfolgte mit dem Zug. Dies dauerte insgesamt 28 Stunden (inkl. Zwischenaufenthalte). Die Zwischenaufenthalte wurden für bilaterale Gespräche mit EU-Kommissarin Margrethe Vestager und der belgischen Energieministerin, Tinne Van der Straeten, genutzt.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *Handelt es sich dabei um die emissionsärmste Anreisemöglichkeit?*
 - a. *Wenn ja, anhand welcher Kriterien stellen Sie das fest?*
 - b. *Wenn nein, warum haben Sie diese dennoch gewählt?*
- *Wie hoch ist die Emissionsbelastung durch Ihre Anreise?*

Ja, dies war die emissionsärmste Anreisemöglichkeit.

Verkehrsmittel	Distanz in km	Emissionfaktor in g CO ₂ -Äquivalent-Emissionen/Pkm	THG-Emissionen (Hinreise) in kg
Flugzeug (Besetzungsgrad: 103 Personen)	1638	395,8	648,3
Diesel PKW (Durchschnittliches Fahrzeug) (Besetzungsgrad: 1,17 Personen)	2113	214,1	452,4
Reisebus (Besetzungsgrad: 18,9 Personen)	2113	49,1	103,7
Bahn (Besetzungsgrad: 110 Personen)	2113	12,6	26,6

Zu Frage 6:

- *Wie sind die Fragen 2-5 bezüglich Ihrer Rückreise zu beantworten?*

Die Rückreise erfolgte ebenfalls mit dem Zug. Diese dauerte insgesamt 35 Stunden (inkl. Zwischenaufenthalte) an einem Wochenende. Ein Teilstück der Rückreise wurde mit dem Bus zurückgelegt, da dies aufgrund terminlicher Verschiebungen die emissionsärmste Möglichkeit der Rückreise darstellte.

Zu Frage 11:

- *Leisten Sie aus Staatsmitteln einen CO₂-Ausgleich für diese Reise?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Höhe?*
 - b. *Wenn ja, bei welchem Anbieter und warum bei diesem?*
 - c. *Wenn nein, wieso nicht?*

Für die Dienstreisen des BMK erfolgt seit 2020 eine Kompensation der CO₂-eq Emissionen. Damit werden nicht vermeidbare Treibhausgasemissionen mit der Unterstützung von Klimaschutzprojekten im Inland kompensiert. Die CO₂-eq Kompensation erfolgt jeweils im darauffolgenden Jahr, für die COP26 daher rückwirkend im Kalenderjahr 2022.

Zu Frage 12:

- *Leisten Sie aus ihrem Privatvermögen einen CO₂-Ausgleich für diese Reise?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Höhe?*
 - b. *Wenn ja, bei welchem Anbieter und warum bei diesem?*
 - c. *Wenn nein, wieso nicht?*

Mein Privatvermögen unterliegt nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Zu den Fragen 13 bis 15:

- *Verwenden Sie in Glasgow öffentliche Verkehrsmittel oder Alternativen wie Taxis?*
 - a. *Wenn ja, welche Kosten werden dadurch budgetwirksam? (Bitte für Kabinettsmitarbeiter gesondert ausweisen)*
 - b. *Wenn nein, welche Fortbewegungsmittel nutzen Sie?*
- *Leisten Sie aus Staatsmitteln einen CO₂-Ausgleich für diese lokalen Transportkosten?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Höhe?*
 - b. *Wenn ja, bei welchem Anbieter und warum bei diesem?*
 - c. *Wenn nein, wieso nicht?*
- *Leisten Sie aus ihrem Privatvermögen einen CO₂-Ausgleich für diese lokalen Transportkosten?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Höhe?*
 - b. *Wenn ja, bei welchem Anbieter und warum bei diesem?*
 - c. *Wenn nein, wieso nicht?*

Die Strecke zwischen Hotel und Konferenzzentrum in Glasgow wurde zum überwiegenden Teil zu Fuß zurückgelegt. Ansonsten wurden öffentliche Verkehrsmittel bzw. die angebotenen Shuttlebusse benutzt. Dafür sind keine budgetwirksamen Kosten entstanden.

Zu Frage 16:

- *Absolvieren Sie Termine mit Sponsoren oder Partnern der Konferenz?*
 - a. *Wenn ja, mit wem genau?*
 - b. *Wenn ja, welche Inhalte haben bzw. hatten diese Termine?*

Nein.

Zu Frage 17:

- *Welche sonstigen Termine absolvieren Sie parallel zur Konferenz?*

Im Rahmen der UN-Klimakonferenz nahm ich an den regelmäßigen Sitzungen der Europäischen Union, den UN-Verhandlungen (insbesondere zu Marktmechanismen) und Treffen der High Ambition Coalition teil. Zusätzlich absolvierte ich eine Reihe von Veranstaltungen zu den Themen Innovation, Grüne Industrietransformation, Wasserstoff, Energietransformation sowie bilaterale Termine mit Kolleg:innen aus Guatemala, Schottland, Deutschland, Luxemburg und Treffen mit der gesamten österreichischen Delegation (andere Ministerien, Parlament, Bundesländer, Sozialpartner, Jugenddelegierte, Nichtregierungsorganisationen, Hochschüler:innenschaft).

Zu den Fragen 18 und 19:

- *Werden Sie im Rahmen der Konferenz ein Maßnahmenprogramm zur Senkung der CO₂-Emissionen vorlegen?*
 - a. *Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden Ihrerseits vorgeschlagen?*
 - b. *Wenn ja, wurde bzw. wird ein derartiges Maßnahmenpaket gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner abgestimmt oder erarbeitet?*
- *Werden Sie sich im Rahmen der Konferenz für einen weltweit/europaweit/EU-weit einheitlichen CO₂-Preis einsetzen bzw. ein diesbezügliches Maßnahmenpaket unterstützen?*
 - a. *Wenn ja, inwiefern?*
 - b. *Wenn ja, warum?*
 - c. *Wenn ja, wurde bzw. wird ein Maßnahmenpaket für einen weltweit einheitlichen CO₂-Preis gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner abgestimmt oder erarbeitet?*
 - d. *Wenn ja, in welcher Höhe soll der CO₂-Preis festgesetzt werden?*

Die Weltklimakonferenz hat zum Ziel, gemeinsam ein globales Vorgehen im Kampf gegen die Klimakrise voranzutreiben. Nationale Maßnahmenprogramme sind nicht Thema der Weltklimakonferenz. Alle Vertragsparteien haben sich in Glasgow auf die internationalen Regeln für Marktmechanismen geeinigt – so auch die Österreichische Bundesregierung. Aus der Anwendung dieser Regeln wird sich ein globaler CO₂-Preis herausbilden. Auf EU-Ebene gibt es mit dem Emissionshandelssystem für Energieerzeuger und die energieintensive Industrie bereits seit 2005 einen CO₂-Preis, der derzeit bei rund € 80 pro Tonne CO₂ liegt.

Zu Frage 20:

- *Werden Sie sich im Rahmen der Konferenz für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzen bzw. ein diesbezügliches Maßnahmenpaket unterstützen?*
 - a. *Wenn ja, inwiefern?*
 - b. *Wenn nein, was unternehmen Sie um eine Einstufung von Atomstrom als klimafreundliche Energie zu verhindern?*

Bedauerlicherweise sehen einige Länder die Kernenergie noch immer als eine Option zur Energiegewinnung. Sie wird auch als Lösung im Kampf gegen die Klimakrise dargestellt. Aus österreichischer Sicht ist die Position ganz klar: Atomenergie ist zu gefährlich, zu langsam und zu teuer und keine Lösung für die Dekarbonisierung des Energiesektors.

Diese Position vertrat und vertritt Österreich auf allen Ebenen, so auch im Rahmen der UN-Klimakonferenz (UNFCCC COP 26) in Glasgow.

Darüber hinaus habe ich auch gemeinsam mit meinen Amtskolleg:innen aus Deutschland, Dänemark, Portugal und Luxemburg eine gemeinsame Erklärung gegen die Klassifizierung der Kernenergie in die EU-Taxonomie als „nachhaltig“ abgegeben, um Druck auf die anderen Länder auszuüben und ein klares Zeichen gegen die Bezeichnung der Atomkraft als nachhaltige Technologie in der EU-Taxonomie gesetzt.

Zu Frage 21:

- *Werden Sie sich im Rahmen der Konferenz für einen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor einsetzen bzw. ein diesbezügliches Maßnahmenpaket unterstützen?*
 - a. *Wenn ja, inwiefern?*

- b. Wenn ja, wurde bzw. wird ein Maßnahmenpaket für den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner abgestimmt oder erarbeitet?*

Auf dem Weg zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors ist der langfristige Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor eine wesentliche Maßnahme zur Reduktion der CO₂-Emissionen.

Diese Zielsetzung wird mittlerweile auch von einer Reihe von Fahrzeughersteller:innen, unter anderem im Zusammenhang mit Aussagen zur langfristigen Weiterentwicklung der Antriebstechnologien als Firmenstrategie, unterstützt. Auch der aktuelle Vorschlag der Europäischen Kommission zu den CO₂-Flottenzielwerten für Fahrzeughersteller (VO EU 2019/631) sieht erstmals ein de facto-Verkaufsende für neue Benzin- und Dieselfahrzeuge für das Jahr 2035 vor.

Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Bundesregierung im Rahmen der COP26 auch wichtige internationale Initiativen in diesem Sinne unterstützt:

Declaration on accelerating the transition to 100% zero emission cars and vans

Die 24 Unterzeichnerstaaten bekennen sich darin, auf den Ausstieg aus Verbrennungsmotoren bei neuen Pkw und leichten Nutzfahrzeugen bis 2040 und in führenden Märkten bis 2035 hinarbeiten. Die Deklaration wurde auch von einer Reihe von Autohersteller:innen, Städten, Flottenbetreiber:innen und Investor:innen unterzeichnet.

[COP26 declaration on accelerating the transition to 100% zero emission cars and vans - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Memorandum of Understanding on Zero-Emission Medium- and Heavy-Duty Vehicles

In dem Memorandum haben 15 Nationen eine Kooperation vereinbart, um bis 2030 einen Marktanteil bei neuen emissionsfreien Lkw und Bussen (über 3,5t höchst zulässiges Gesamtgewicht) von 30% und bis 2040 von 100% zu erreichen.

[Global Commercial Drive To Zero Program — Global Agreement on Zero-Emission Trucks and Buses \(globaldrivetozero.org\)](#)

Diese Vereinbarungen zeigen, dass es bereits heute eine breite Allianz für einen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor gibt.

Leonore Gewessler, BA

